

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 3 (1962)
Heft: 2

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kolonialismus

Tibet

Ausrottungsprogramm

Zu den Aufgaben der chinesischen Besatzungsarmee in Tibet für diesen Winter und Frühling gehört die «Ausrottung aller konterrevolutionären Elemente». Diesen Programmpunkt formulierte nebst verschiedenen Forderungen zum Weiterausbau der militärischen Machtposition der stellvertretende Politische Kommissar der Militärregion Tibet, Tschang Han-kung, anlässlich der vierten Delegiertenkonferenz der Armeekommunisten in Lhasa.

Die «Verteidigung» des Landes nahm über-

tums (Artikel 28), die Regelung der Institution der Rechtsperson im Sinne der gegenwärtigen Praxis (Artikel 11) usw.

Programmatische Einleitung

Die Einleitung zu den «Grundsätzen» enthält die wichtigsten prinzipiellen Thesen der ganzen Zivilgesetzgebung, welchen die ganze rechtsgeberische Tätigkeit vorbehaltlos untergeordnet ist. Zu gleicher Zeit zeigt die Einleitung auf die Möglichkeiten der dialektischen Interpretierung des Zivilrechts hin. Unter anderem heisst es: «Die sowjetische Zivilgesetzgebung ist berufen, die Aufgaben des kommunistischen Aufbaus aktiv zu fördern. Sie trägt der Festigung des sozialistischen Wirtschaftssystems, des sozialistischen Eigentums und der Umwandlung seiner Formen in ein einheitliches kommunistisches Eigentum, der Festigung der Plan- und Vertragsdisziplin, des Rentabilitätssystems, der rechtzeitigen und entsprechenden Ausführung der Lieferungen ... der Erfüllung des Kapitalbauplanes ... bei.»

Die Einleitung nimmt indirekt auch zur Frage des Absterbens des Rechts Stellung. Im Vollkommunismus sollte der Theorie nach Staat, Recht, Handel, Geld usw. abgeschafft und durch die kommunistische gesellschaftliche Selbstverwaltung, durch die Verleihung der Konsumgüter nach den Bedürfnissen ersetzt werden. Laut Einleitung der «Grundsätze» werden aber sowohl das Geld als auch die Ware (und der Handel) aufrechterhalten, sie müssen nur «einen neuen Inhalt» bekommen. Dieser neue Inhalt wird durch die Planwirtschaft gegeben und bestimmt. Statt der Verteilung der Konsumgüter nach Bedürfnissen erklären die Grundsätze, dass «sich der Aufbau des Kommunismus auf das Prinzip der materiellen Interessiertheit (nämlich an der Mehrarbeit) der Bürger, der Betriebe, der Kolchosen und anderen Wirtschaftsorganisationen stützt». Die Einleitung betont sogar, als wichtiger Ansporn der wirtschaftlichen Entwicklung müssten Rentabilitätssystem, Geld, Preis, Selbstkosten der Produktion, der Gewinn, der Handel, der Kredit, die Finanzen am weitgehendsten angewendet und ausgenutzt werden. Im Lichte dieser Einleitung ist es sehr fraglich, wie und ob der letzte Satz des im Spätherbst 1961 angenommenen Parteiprogrammes («die jetzt lebende Generation der Sowjetmenschen wird im Vollkommunismus leben») verwirklicht werden kann, wenn die Zivilgesetzgebung der in diesem Satz enthaltenen Tendenz direkt widerspricht.

(Fortsetzung folgt)

haupt in den Ausführungen des Parteilannes einen breiten Raum ein. Feststellungen von Tibetreisenden zufolge wird gegenwärtig das ganze Land zu einem eigentlichen Militärstützpunkt ausgebaut, wobei gegenwärtig vor allem die Zwangsarbeiten an den strategisch wichtigen Strassen vorangetrieben werden. Die Ernährungslage ist auch für diesen Winter schlecht, haben doch die chinesischen Kolonialherren wiederum grosse Teile der Ernte für sich beansprucht, während die «freigewordenen» Bauern zu äussersten Anstrengungen gezwungen werden, um sich selbst einigermaßen durchzubringen. Relative Fortschritte sind möglicherweise im Schulwesen zu verzeichnen, wobei selbstverständlich die Bildungsmöglichkeiten ganz im Dienst der «Umerziehung» und «Agitation» gestellt werden.

Wie das Aktionsprogramm durchgeführt wird, darüber geben kürzlich veröffentlichte Interviews mit tibetischen Flüchtlingen Aufschluss («Observer», 31. Dezember). Die Aussagen beziehen sich zum grossen Teil zwar noch auf 1960, sind aber zur Kennzeichnung der angewandten Methoden nach wie vor gültig. So wurden in Lhasa damals Nacht für Nacht, ohne Ausnahme, Versammlungen zur «politischen Agitation» abgehalten. (Tagsüber durfte keine Arbeitszeit verloren gehen.)

An diesen Versammlungen wurden den zwangsweise aufgebotenen Teilnehmern unablässig Merksätze eingetrichtert, die sich auf die Korruption des früheren Systems, die Verbrechen der Mönche, die Befreiung durch den Kommunismus und die Grösse Chinas bezogen. Die Hörer wurden zur Diskussion aufgefordert; wer aber eine andere Meinung vertrat, wurde mit Schmähungen bedacht, die sich wochenlang wiederholten. Als Hauptfeind der Bevölkerung wurde zunächst der Dalai Lama hingestellt, aber der unverkennbare Widerstand der Tibeter hat die Propagandisten anscheinend später bewogen, die Agitation von der Person des geistlichen Oberhauptes weg mehr auf die «ausbeuterische Ordnung» des Klosterstaates im allgemeinen zu verlegen.

Viel härter ging es allerdings bei der Umerziehung der Mönche zu. Manche von ihnen wurden Tag um Tag öffentlich geprügelt, wobei die als Zuschauer aufgebotenen Bürger aktiv mitmachen mussten, wollten sie nicht die gleiche Behandlung erfahren. Etliche Mönche starben an den Misshandlungen, die «reaktionärsten» unter ihnen wurden deportiert und vermutlich hingerichtet. So wird, in der Formulierung Tschang Han-kungs, «das sozialistische System im Bewusstsein der Bevölkerung gefestigt».

Elektrizität

Kasachstan
Diskriminierung

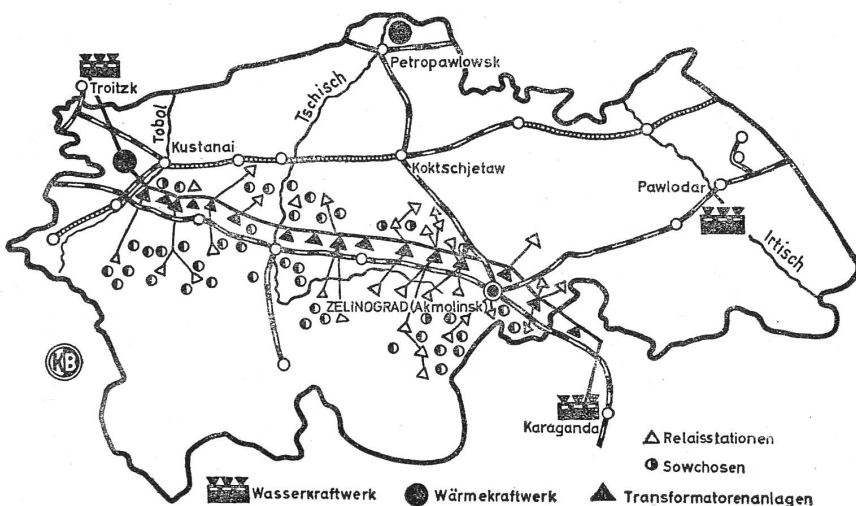
In den kasachischen Neulandgebieten (siehe auch KB Nr. 49) geht der elektrische Strom für die Landwirtschaft nur an die russisch gegründeten Sowchosen (Staatsgüter) nicht aber an die Kolchosen (genossenschaftliche Kollektivgüter) der einheimischen kasachischen Bevölkerung. Diese doppelte Diskriminierung der älteren Form der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der kasachischen Rasse zeigt sich anschaulich in der wiedergegebenen Skizze über die Stromverteilung im kasachischen Neuland. Als Endbezügler sind ausschliesslich Sowchosen aufgezeichnet und nicht eine einzige Kolchose.

Die Karte erschien im Zusammenhang mit dem neuen Parteiprogramm in der «Kasachstanskaja Gasjeta». Sie diente dort

zur Erläuterung der geplanten Eisenbahn-Elektrifizierungen. Das Klischee, das man aber für diese Gelegenheit möglicherweise wieder hervorzog, enthält gleichzeitig eine Uebersicht über die Stromverteilung für die Landwirtschaft.

Ein Zusammenhang der allgemeinen Stromversorgung mit der geplanten Elektrifizierung der Eisenbahnlinien besteht natürlich, werden doch diesen entlang die Stromleitungen mit Priorität gebaut. Die mit Elektrizität versorgten Sowchosen liegen denn auch an der Strecke Karaganda—Zelinograd—Tobol, mit deren Elektrifikation 1962 begonnen werden soll (mit Vorang, weil diese Strecke später den Anschluss an die südsibirische Eisenbahnlinie bilden wird. — Die noch in Bau oder Planung befindlichen Eisenbahnverbindungen sind auf unserer Karte in dünner Schraffur dargestellt.).

Nun trifft es zu, dass das kasachische Neulandgebiet im allgemeinen und die an den Hauptverkehrsadern liegenden Gegenden



Tadschikische Sozialistische Sowjetrepublik

Geschichte: Tadschikistan hatte, genau so wie die übrigen zentralasiatischen Republiken, eine vielbewegte Vergangenheit. Es lag auf dem Wege der grossen Eroberer: der Araber und der Mongolen. Etwas länger dauerten die Herrschaften von Timur und der Timuriden (1370—1507) und der Schejbaniden (usbekische Chanen) im Rahmen des Bucharaer Chanentums. (Von Anfang des 16. bis Mitte des 18. Jahrhunderts). Dann zerfiel dieses bisher zentralisierte, starke Chanentum in mehrere kleinere Chanen, welche die Oberhoheit von Buchara, Kokanda, zeitweise China und Pamir anerkannten. In dieser Lage unterlag Nord-Tadschikistan 1868—1873 der russischen Eroberung.

Der andere Teil Tadschikistans — Pamir und einige Gebiete von Buchara — wurden ihm erst nach 1924—1925 angegliedert. Die Geschichte dieser Gebiete zeigt den *Sowjetkolonialismus* und die landesverräterische Rolle der KP's ganz klar.

Bucharas Unabhängigkeit wurde vom zaristischen Russland immer anerkannt. 1895 wurde das Emirat ins russische Zollsysteem einverleibt. Der Bucharaer Emir befand sich aber nach den russischen Ereignissen im Jahre 1917 unter schwerem politischem Druck. Am 20. April 1917 erliess er ein Manifest über die Reformen, aber umsonst. Der Sowjetkolonialismus begann mit der Errichtung der KP von Buchara Mitte 1918. Diese unterstand der Führung des Moskauer Parteizentrums und organisierte den Aufstand gegen den Emir. (Beschluss des 4. Parteikongresses, 16. August 1920.)

Um den Sieg des «Volkes» zu sichern, wurde die Rote Armee zu Hilfe gerufen. So wurde das Emirat gestürzt und Buchara am 14. September 1920 zu einer Volks-Sowjetrepublik erklärt, deren Unabhängigkeit auch im Vertrag, welcher am 4. März 1921 mit der RSFSR unterzeichnet wurde, anerkannt und garantiert wurde. Die weiteren sowjetischen Schritte wurden wieder durch die Parteibeziehungen zu Moskau vorbereitet. Die KP von Buchara wurde am 2. Februar 1922 in die KP Russlands (auf Grund eines ZK-Beschlusses in Moskau) aufgenommen. Am 20. September 1924 wurde Buchara in eine sozialistische Sowjetrepublik umbenannt und im gleichen Jahr wurde ihre bisher formell anerkannte Unabhängigkeit aufgehoben. (Nach angeblichem Beschluss des «unabhängigen» Kurultajs-Sowjetkongress). Das gleiche Schicksal erlitt auch Choresm. Choresmer oder Chiwaer Chanentum, Choresmer Volks-Sowjetische Republik usw.)

im besonderen von den neugeschaffenen Sowchosen beherrscht werden. Daneben aber gibt es immer noch die schon vor der grossen Anbauschlacht Chruschtschews errichteten Kolchosen (vorwiegend für Viehzucht), die freilich heute eine wirtschaftlich unbedeutende Rolle spielen. Sie sind auf den Absterbeetat gesetzt. Um diesen «natürlichen» Auflösungsprozess zu beschleunigen, gibt es aber verschiedene Nachhilfemöglichkeiten. Eine davon scheint, soweit sich aus der kasachischen Skizze ersehen lässt, darin zu bestehen, die alten kasachischen Kollektiven bei den Elektrifizierungsprojekten nicht zu berücksichtigen.

Beide Volks-Sowjetrepubliken versuchten sich zu befreien, und zwar unter anderem auch mit der Hilfe von Pascha Enwer und (wie die sowjetische Geschichtsschreibung behauptet) mit der Unterstützung der «englischen Imperialisten», welche das sowjetische Zentralasien kolonisieren wollten. Die Truppen der Roten Armee wurden wieder von den Kommunisten zu Hilfe gerufen, welche Enwer 1923 verdrängten. Die sowjetische Geschichtsschreibung behauptet aber, dass «die Vereinigung Tadschikistans, sowie des ganzen Turkestans, mit Russland von objektiv-progressiven Folgen war.»

Selbst Tadschikistan war bis 1924 nur eine Verwaltungseinheit innerhalb der Usbekischen Sowjetrepublik. Durch das Bundesgesetz vom 14. Oktober 1924 wurde sie zur autonomen Republik innerhalb Usbekistans erhoben und durch das Bundesgesetz vom 5. Dezember 1929 in eine *Unionsrepublik* umgewandelt. (Einige Teile von Buchara und Choresm wurden ihr angeschlossen.) In der gegenwärtig geltenden Sowjetverfassung wurde Tadschikistan als Unionsrepublik durch den Artikel 27 anerkannt. **Verfassung:** aus dem Jahre 1937 (1. März 1937). — Grundlage der politischen Macht: verfassungsmässig die Sowjets, praktisch die KP Tadschikistans, deren Struktur den politischen Wandlungen Tadschikistans genau folgte: zuerst unterstellten sich die tadschikischen KP-Organisationen der KP von Turkestan (bis 1924), der KP von Usbekistan von 1924—1929 und seit 1929 der KP von Tadschikistan. Jedesmal erfolgte die Aenderung durch einen Beschluss des ZKs der KPdSU in Moskau. Ihre Mitgliedschaft war äusserst gering und vor allem bestand sie aus Russen. 1938 gab es nur 4840 Parteimitglieder, bis 1956 ist diese Zahl auf 32 000 angestiegen.

Territorium: 142 600 Quadratkilometer mit drei Gebieten (Garm, Kuljab, Lenabad) und einem autonomen Gebiet (Gorno. Badachschanisches autonomes Ge-

biet oder Pamir-Gebiet, 61 000 Quadratkilometer, mit der Hauptstadt Chorog.) Die Hauptstadt von Tadschikistan ist Stalinabad, nach dem 22. Parteikongress hat sie jedoch ihren alten Namen «Duschanbe» wieder aufgenommen. (224 000 Einwohner). Die Bevölkerungszahl des erwähnten autonomen Gebietes beläuft sich auf 73 000. **Topographie:** Das Pamir-Hochland, das den ganzen östlichen Teil der Republik bildet, gehört zu den Gebieten, welche «Dach der Welt» genannt werden. Etliche Erhebungen über 7000 Meter (als Kuriosum sei vermerkt, dass ein Berg, der «Pik Stalin», erst in den letzten Tagen in «Pik der Sowjetunion» umgewandelt wurde.

Wirtschaft: Gesamthaft unbedeutend, mit Schwergewicht auf Baumwolle und Viehzucht. Um den Siebenjahresplan (1958—1965), der vermehrten Wert auf Gemüse- und Früchte-Anbau legte, ist es recht still geworden. Zu einer Industrialisierung muss vorerst noch die Energieversorgung (Wasserkraftwerke) aufgebaut werden.

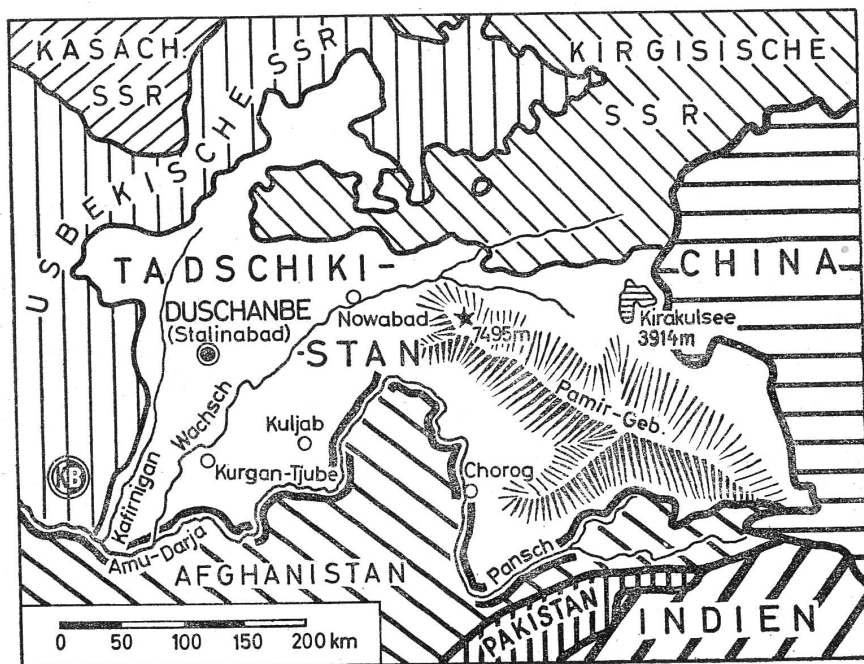
Bevölkerung: 1 982 000, davon 33 Prozent Stadt- und 67 Prozent Landbevölkerung. Die grösste Nationalität bilden die Tadschiken mit 1 051 000 Einwohner. Ferner gibt es 454 000 Usbeken, 263 000 Russen, 57 000 Tataren, 27 000 Ukrainer, 26 000 Kirgisen. Die Gesamtzahl der Tadschiken in der UdSSR beträgt 1 397 000. (16. grösste Nationalität der UdSSR.)

Die Tadschiken sprechen die Sprache einer iranischen Volksgruppe. Ausserhalb der UdSSR leben noch zirka 2 Millionen Tadschiken in Afghanistan und sehr viele in Iran.

Recht

Tschechoslowakei Abgerichtete Richter

Die konstitutionell verankerte Unabhängigkeit der kommunistischen Richter hat mit ihrer praktischen Tätigkeit nichts zu tun, wie die jugoslawische Presse dieser Tage in aller Selbstverständlichkeit wieder in Erinnerung rief.



Im Dezember fanden in der CSSR die Bezirksrichterwahlen statt, und anschliessend traten die Nationalausschüsse der Bezirke zusammen, um Präsidenten und Vizepräsidenten der Gerichte zu wählen (eine entsprechende Regelung besteht auch für die Vorsitzenden von den Gebietsbezirken, die auf tieferer Ebene ebenfalls von Nationalausschüssen gewählt werden). Der folgende Absatz aus der in ungarischer Sprache erscheinenden Zeitung «Uj Szo» (Bratislava/Pressburg) gibt über den wahren Zustand der richterlichen Autonomie Bescheid:

«An diesen Plenarsitzungen werden die Rechenschaftsberichte bezüglich der Lage der sozialistischen Gesetzlichkeit in den gegebenen Bezirken oder Gebieten erörtert. Zu gleicher Zeit werden auch jene Aufgaben diskutiert, welche den Gerichten, den Nationalausschüssen und anderen Gesellschaftsorganisationen im Kampf für die Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit aufgestellt werden sollen.»

In der zweiten Hälfte von Dezember 1961 trat auch die Nationalversammlung zusammen, um die Richter des Obersten Gerichtes und die Berufsrichter der Militärjustiz zu wählen. Die Abgeordneten erörterten gleichzeitig auch die Aufgaben der Gerichte zur Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit.

An den Sitzungen der Nationalausschüsse, respektive der Nationalversammlung werden also je nach Bedürfnis die Aufgaben der Gerichte definiert. In der Verfassung, die vor noch nicht zwei Jahren in Kraft trat, heisst es: «Die Richter sind unabhängig. Sie unterstehen nur dem Gesetz.»

Die kommunistische «Sommerspartakiade der befreundeten Armeen» mit ihren sportlichen Wettkämpfen findet dieses Jahr vom 1. bis 9. September in der Tschechoslowakei statt. Sie steht unter dem Friedensmotto: «Für die weitere Festigung des Kampfbündnisses der befreundeten Armeen des sozialistischen Lagers». Zu den Staaten, welche sich für sämtliche 14 Sportdisziplinen gemeldet haben, gehört China.

Personenkult

Sowjetunion

4 mal einst und jetzt

Die heute noch zur Parteispitze gehörenden Zöglinge Stalins versuchen mit allen Mitteln sich von den Verbrechen Stalins zu distanzieren, um durch die Desavouierung ihrer gestrigen Kollegen und des «grossen Lehrers» zu beweisen, dass sie selbst für die Verbrechen der Ära Stalins keine Schuld trifft.

Am 21. Dezember 1949 erschien das Parteiorgan «Pravda» auf 12 Seiten, statt auf 4 und war dem 70. Geburtstag Stalins gewidmet. In dieser Jubiläumsnummer veröffentlichten ihre Beiträge auch Chruschtschew, Mikojan, Kosygin und Schwernik, die heute noch zur ersten Garnitur der Partei gehören und die am kürzlich stattgefundenen 22. Parteitag in der Darstellung der Fehler und Verbrechen Stalins wetteiferten. Die folgenden Zitate sollen beweisen, dass dieselben Leute, die heute Stalin verdammen, um ihre eigene Haut zu retten, damals zu den Hauptförderern des Persönlichkeitskultes gehörten.

Chruschtschew, «Die stalinsche Freundschaft der Völker — der Pfand der Unbe-

siegbarkeit unserer Heimat», «Pravda», 21. Dezember 1949:

«Alle Völker der Sowjetunion, die progressive Menschheit der ganzen Welt, feiern den 70. Geburtstag unseres genialen Führers und Lehrers J. W. Stalin... Mit tiefsten Gefühlen der Liebe und Treue wenden sich Millionen von Menschen an Genosse Stalin, der zusammen mit Lenin die grosse Partei der Bolschewiki und unseren sozialistischen Staat gründete, die marxistisch-leninistische Theorie bereicherte und sie auf eine neue, höhere Stufe hob... der Name Stalins ist das Banner aller Siege des Sowjetvolkes... Stalin ist eine treuer Freund und Gefährte Lenins... Stalin pflegt und erzieht die Kader, wie ein besorgter Gärtner... alle Völker unseres Landes bezeichnen Stalin als ihren lieben Vater, grossen Führer und genialen Lehrer.»

Chruschtschew — am 22. Parteitag: «Stalin machte die Einschränkungen der parteiinternen und sowjetischen Demokratie zur Norm der Partei- und Staatslebens. Er vernachlässigte grob die leninschen Grundsätze der Führung und gestattete die Willkür... Alle Erfolge und Siege des Volkes und der Partei wurden einem Menschen angerechnet. In der Zeit des Persönlichkeitskultes wurde die Macht missbraucht... Infolge der Willkür, der Gesetzlosigkeit und durch Stalin persönlich gingen viele unschuldige Menschen zugrunde... solche Methoden der Führung waren eine Schande...»

Mikojan — «Der grosse Erbauer des Kommunismus», «Pravda», 21. Dezember 1949: «Genosse Stalin ist Lenin heute! Genosse Stalin ist ein Genie des Sozialismus! Genosse Stalin ist ein Erbauer des Kommunismus! An seinem 70. Geburtstag wünschen wir Genosse Stalin ein langes Leben und dass er uns vom Sieg des Sozialismus zum Sieg des Kommunismus führt... Stalin ist ein genialer Theoretiker, ein genialer Deuter des wissenschaftlichen Erbgutes von Marx, Engels und Lenin... Die marxistisch-leninistische Theorie erreicht in den Werken Stalins ihren Höhepunkt... alle Werke Stalins sind durch die Beständigkeit der Hauptgrundsätze und Ansichten gekennzeichnet.»

Mikojan — am 22. Parteitag: «Die Arbeit Stalins, Oekonomie Probleme des Sozialismus in der UdSSR konnte nicht die Grundlage des neuen Parteiprogramms bilden, das wissen jetzt alle... Der Persönlichkeitskult Stalins hat dem Aufbau des Kommunismus in unserem Land einen grossen Schaden zugefügt... Die Mitglieder der parteifeindlichen Gruppe Molotows und Malenkows waren Anhänger der Willkürherrschaft und der verwerflichen Methoden aus der Zeit des Persönlichkeitskultes Stalins.»

Kosygin — «Für unsere Erfolge sind wir dem grossen Stalin verpflichtet», 21. Dezember 1949:

«Unser grosser Führer und Lehrer, der grosse Fortsetzer der Sache Lenins, der geniale Führer Stalin ist das Banner der Werktätigen im Kampf für den Frieden und den Fortschritt der Menschheit... Stalin führt die sowjetische Wirtschaft auf dem Weg zur ständigen Erhöhung des materiellen und kulturellen Wohlstandes der Werktätigen... Es gibt auf der Welt keinen anderen Menschen, den man mehr kennt, liebt und achtet, als den lieben Genossen Stalin.»

Kosygin — am XXII. Parteitag: «Als treue Leninisten verurteilen wir den Persönlichkeitskult Stalins... Die Rede N. S. Chruschtschows enthält eine wissenschaftliche marxistisch-leninistische Analyse der wichtigsten Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung... er behandelt die wichtigsten Fragen der Theorie und Praxis des kommunistischen Aufbaues... diese Rede ist ein Musterbeispiel der schöpferischen Entwicklung und Bereicherung der marxistisch-leninistischen Theorie.»

Schwernik — «Genosse Stalin ist der Fortsetzer der grossen Sache Lenins», 21. 12. 1949.

«Heute sind die Träume und die Glückwünsche der Sowjetmenschen mit dem Namen des Führers, Lehrers und Freundes, des unendlich teuren Genossen Stalin verbunden, dessen Genie und unbeugsamer Wille unser Volk unaufhaltsam vorwärts zum Sieg des Kommunismus führen... Stalin ist der treueste Schüler und Mitkämpfer Lenins, er ist ein feuriger Patriot, ein grosser Führer... ein genialer Denker... der Retter der Weltzivilisation...»

Schwernik — XXII. Parteitag: «Der Persönlichkeitskult Stalins und die damit verbundenen Verletzungen der kollektiven Führung, der parteiinternen Demokratie und der sozialistischen Gesetzlichkeit fügten uns einen grossen Schaden zu... Stalin hat künstlich verschiedene Verschwörungen, Schädlinge- und Spionagezentren erzeugt... Eine hervorragende Rolle bei der Verwirklichung des leninistischen Kurses der Partei spielt Genosse Chruschtschew. N. S. Chruschtschew zeigte grosse Weisheit bei der Lösung wichtigster Fragen der Innen- und Aussenpolitik.»

Kommunistischen Partei 1949 und 1961. Das Volk hat noch nicht zu sprechen.

Versorgung

Bulgarien

Marktszene

In Samokoff, einem Städtchen östlich von Sofia, sind die Detailgeschäfte noch schlechter mit Waren versorgt als diejenigen in Sofia. Trotzdem leidet niemand Hunger. Jeder hat einen in der Landwirtschaft tätigen Verwandten oder Bekannten, von dem er das bekommt, was er braucht. Auch findet einmal in der Woche in Samakoff ein Markttag statt, an dem die Bauern der Umgebung und die landwirtschaftlichen Genossenschaften ihre Produkte, wie Hühner, Eier, Gemüse, Obst, Fett usw. anbieten. Die Preise der feilgebotenen Waren sind in den letzten Monaten erheblich gestiegen.

Aus einer bulgarischen Quelle von Radio Freies Europa wird folgender Vorfall beschrieben: Ein Käufer regte sich über die Preise auf, welche eine Bäuerin für ihre Waren gefordert hatte. Die Bäuerin begann zu schimpfen: «Ihr in der Stadt, in den Fabriken, verdient gut. Und wir, die euch ernähren und schwer arbeiten müssen, damit ihr etwas zu essen habt, sollen uns mit einem Verdienst von fünf Lewa im Tag abspesen lassen und in Lumpen gekleidet gehen? Kommt da so ein vollgefressener Städter und feilscht und schimpft, weil er für Lebensmittel etwas bezahlen soll!» Das Geschrei der Bäuerin war auf dem ganzen Marktplatz zu hören. Die dort

versammelten Bauern ergriffen für die schimpfende Bäuerin Partei. Der Käufer wurde tödlich angegriffen. Einige auf dem Markt anwesende Arbeiter kamen ihm zu Hilfe. Sie zogen aber in der allgemeinen Rauferei den kürzeren. Der Milizsoldat, der auf dem Marktplatz Dienst tat, begnügte sich damit, die streitenden Parteien aufzufordern, Ruhe zu geben und griff in die Rauferei nicht ein.

BRIEFE

Immer wieder Osthandel

Als Laie in Handelsfragen möchte ich mir erlauben, einige Gedanken zu der Antwort von Bundesrat Schaffner auf die Anfrage von Nationalrat Grendelmeier in der Nationalratssitzung vom 21. Dezember 1961 zu äussern:

1. Ich kann begreifen, dass sich der Regierungsvertreter eines neutralen Staates zu diesem Problem vorsichtig äussern muss, wobei man anscheinend in dieser Beziehung sehr weit gehen kann.

2. Als Folge der auf der Neutralität entstehenden Haltung der Regierung verschiebt sich die Verantwortung zu einem sehr grossen Teil auf die in Frage kommenden Unternehmen.

3. Um den Rückgang des Osthandels nachzuweisen, erscheint es mir nicht gerechtfertigt, Zahlen aus einer Zeit heranzuziehen, da weder die Tschechoslowakei noch Polen, Rumänien, Bulgarien oder Ungarn unter kommunistischer Herrschaft waren. Dieser Nachweis wäre nur mit Zahlen z. B. aus den letzten 5 Jahren (seit dem Ungarnaufstand) überzeugend zu erbringen.

4. Die für 1960 angeführten 3,3 Prozent für die Ostausfuhr entsprechen der in einer Zeit überhitzter Konjunktur nicht ganz bedeutungslosen Zahl von 89 000 Werkstätten. Zu diesem Prozentsatz kommen auch noch Lieferungen hinzu, die auf ganz legalem Wege über Dritte nach dem Osten gehen und von dieser Statistik nicht erfasst werden.

5. Wenn schon Handel getrieben wird, so ist meines Erachtens sehr wichtig, was gehandelt wird und es sollten, krass ausgedrückt, nicht wertvolle Produktionsgüter gegen Christbaumschmuck (kann in vielen Fällen sehr gut durch weisse Kerzen und Watte ersetzt werden) und Neujahrskarten geliefert werden. Oellieferungen aus dem Osten gelten mit Recht als sehr gefährlicher Importartikel, da der Hahn plötzlich abgedreht werden könnte.

6. Es ist mir nicht ganz klar, wie ein für die Schweiz aktiver Warenaustausch zur Abtragung der Nationalisierungsschulden benutzt werden kann, es sei denn, dass das Verhältnis der Ein- und Ausfuhr gerade bei den Schuldnerstaaten umgekehrt sein müsste als das Gesamtverhältnis.

R. W. in Winterthur.

Partei

SBZ

Universitäts-Säuberung

Die seit Monaten innerhalb der SED-Parteiorganisation der Friedrich-Schiller-Universität Jena anhaltenden Auseinandersetzungen mit «Revisionisten», «Partei-schädlingen» und «opportunistischen und sektiererischen Elementen» haben im letzten Monat des vergangenen Jahres einen Höhepunkt erreicht. Ausser der SED-

Bezirksleitung Gera hat sich auch die Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED eingeschaltet, um «Ordnung in der Universitätsparteilung» zu schaffen.

Der 1. Sekretär der Universitätsparteilung und Kandidat des Büros der SED-Kreisleitung Jena-Stadt, Josef Seemann, und der Sekretär für Agitation/Propaganda, Gustav Puchner, wurden «wegen parteischädigenden Verhaltens» ihrer Funktionen enthoben.

«Vor allem nach dem 13. August waren schwere Fehler und Mängel in der Führungstätigkeit der Universitätsparteilung und der staatlichen Leitung der Universität aufgetreten», wird in einem Communiqué der Universitätsparteilung festgestellt.

Mit den «partei-feindlichen Diskussionen zur Frage des Personenkults» setzt sich der stellvertretende Sekretär der Universitätsparteilung, Fritz Möller, auseinander. «An unserer Universität gab es Menschen, die die Frage des Personenkults zur Hauptfrage des XXII. Parteitages machen wollten, die aus Sensationslust und auch aus Feindschaft zum Sozialismus ihre Meinungen in die Welt setzten», schrieb Möller in der Parteizeitung der Universität. «Fragen, warum es nach dem XX. Parteitag keinen Wechsel in der Partei- und Staatsführung der DDR gegeben habe, warum am Gebäude der Kreisleitung der Partei ein Bild Walter Ulbrichts angebracht sei, sind Fragen provokatorischen Charakters».

Handelsverkehr — mit dem Osten (4)

Ungarn

(Es werden nur Positionen mit einem Einfuhrwert von über 0,5 Millionen Franken angegeben.)

Gesamtimport (in Millionen Franken)	33,4
davon:	
Pferde, Esel, Maultiere usw., lebend	1,1
Tiere der Rindviehgattung, lebend	6,3
Fleisch von verschiedenen Tieren	1,4
Vogeleier sowie Eigelb	2,1
Gemüse usw., frisch oder gekühlt	0,5
Gemüse usw., getrocknet	0,6
Hülsenfrüchte, getrocknet	1,6
Steinobst, frisch	1,9
Fette, pflanzliche Oele	0,5
Rübenzucker und Rohrzucker, fest	2,6
Wein aus frischen Weintrauben usw.	1,0
Erdöl oder Schieferöl, bearbeitet	3,9

Gesamtexport	32,8
Arzneiwaren	1,0
Synth. organ. Farbstoffe; nat. Indigo	4,3
Desinfektionsmittel, Insektizide, Schädlingsbekämpfungsmittel usw.	2,9
Regenerierte Zellulose; Zellulose-ester, -äther und andere Derivate	0,9
Garne, synthetische n. f. Einzelverkauf	4,4
Baumwollabfälle	0,9
Andere Gewebe aus Baumwolle	0,5
Synthetische und künstliche Kurzfasern, weder kardiert noch gekämmt	0,7
Ferrolegierungen	0,6
Luft-, Vakuum-, Motor- und Turbopumpen, Luftkompressoren usw.	0,6
Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung	1,5
Geräte zum Schliessen, Unterbrechen, Abzweigen usw. von elektrischen Stromkreisen; nichtheizende Widerstände, Potentiometer usw.	0,5
Taschenuhren, Armbanduhren usw.	1,1

Curriculum der Woche

ANATOLI FEDOROWITSCH DOBRININ

Der neue sowjetische Botschafter in Washington gehört der jüngeren Generation der Koexistenzdiplomaten an. Geboren 1919. Studien in den historischen Wissenschaften und Eintritt in den diplomatischen Dienst 1946. Bekleidet im Moskauer Aussenministerium verschiedene Posten von zunehmender Bedeutung. 1952 zum Botschaftsrat in Washington ernannt, wo er bis 1955 bleibt. Während seines USA-Aufenthaltes zahlreiche Reisen; eignet sich nicht nur gute Sprachkenntnisse, sondern auch gute Kenntnisse über westliche und amerikanische Institutionen an.

1955 Rückkehr in das Moskauer Aussenministerium mit dem Rang eines ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafters. Teilnahme an einer Anzahl internationaler Konferenzen (u. a. Genf 1955). Gehört 1956 als Berater der sowjetischen Delegation an der Uno-Generalversammlung an. 1957 zum Unterstaatssekretär ohne Departement im Sekretariat der Vereinten Nationen ernannt, und ein Jahr später Unterstaatssekretär in der Abteilung für Angelegenheiten des Sicherheitsrates. In dieser Eigenschaft auch Berater Hamarskjölds, den er 1959 zur Unterredung nach Sotschi (am Schwarzen Meer) begleitet.

Im Frühling 1960 wird Dobrinin nach Moskau zurückberufen, um als Nachfolger Soldatows (jetzt Botschafter in London) die USA-Abteilung im Aussenministerium zu übernehmen.

Der kultiviert wirkende Botschafter mit seinen angenehmen Umgangsformen gilt als ein Repräsentant des «neuen Stils» und als einer der fähigsten sowjetischen Diplomaten. Ueberdies genießt er offensichtlich das besondere Zutrauen Chruschtschews.

Auslandsbeziehungen

Jugoslawien

Lärm um Nichts?

Jugoslawien verstärkt seine Bemühungen in Afrika.

Am 9. Dezember wurde in Belgrad ein Abkommen mit Guinea unterzeichnet, wonach die jugoslawische staatliche Fluggesellschaft JAT den regelmässigen Flugverkehr nach Conakry aufnimmt.

In der Hauptstadt Ghanas, Accra, findet gegenwärtig eine jugoslawische Industrieausstellung statt. Auch im Khartum (Sudan) ist am 1. Januar eine jugoslawische Industrieausstellung eröffnet worden.

Während des Dezembers wurde Aegypten eine Serie von 12 Eisenbahnwagen zur Personenbeförderung geliefert.

Jugoslawien hat unverzüglich Tanganjika anerkannt und liess sich an der Unabhängigkeitsfeier durch ein Mitglied der Bundesregierung vertreten.

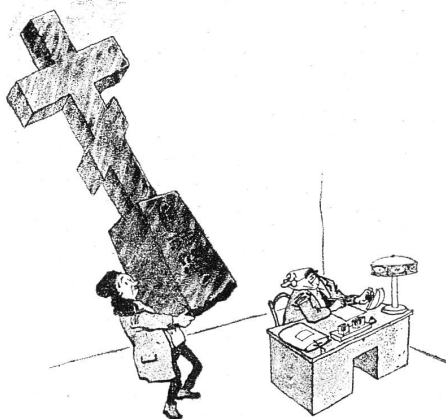
Für Flüchtlinge aus Angola hat das jugoslawische Rote Kreuz eine grössere Menge von Arzneimitteln den Spitälern von Léopoldville geschenkt.

Der Schnappschuss

Auf dem Schipkapass in Bulgarien, einer historischen Gedenkstätte, stehen auch Hotels, die regelmässig sowjetische Touristen beherbergen. Aus bulgarischer Quelle wird folgendes Gespräch des Hotelpersonals wiedergegeben, wie es am 20. September des letzten Herbstes zu hören gewesen sei: Putzfrau: «Das ganze Lokal ist verdreckt. Die Russen haben auf die Tische gespien und haben sich auch im Gastlokal erleichtert. Den Weg auf die Toilette fanden sie in ihrer Betrunktheit wohl nicht. Und diese Schweine wollen uns Kultur beibringen!»

Kellner: «Ja, es ist eine Schande! Ich habe selbst gesehen, wie ein Gast eine Ecke des Gastlokals als Toilette benutzte.»

Die kommunistisch inspirierte politische Satire ist in Bulgarien unpopulär. Die Parteizeitung «Tscherweno Sname» beklagte die Tatsache, dass das Publikum herkömmliche Stücke dem politischen Kabarett vorziehe, «weil blosses Theater mehr oder weniger unterhaltend ist, während das Kabarett als Waffe gegen Nichtstuer, Verschwenker des sozialistischen Eigentums und Verbreiter bourgeoiser Ansichten dient. Es scheint, dass solche Darstellungen unter unsern Landsleuten wenig beliebt sind».



Formulare bis zur Bahre

Eine praktische Kritik an der herrschenden Bürokratie brachte «Krokodil» kürzlich mit dieser Zeichnung unter dem Titel «Ein gewichtiger Beweis». «Vielleicht geben Sie mir jetzt die Bescheinigung, dass mein Urgrossvater wirklich gestorben ist», erklärt der erboste Bürger, der dem Amtschimmel bisher nicht mit genügend Belegen für eine Selbstverständlichkeit aufwarten konnte. Wenn zur Abwechslung einmal die zivilstandsamtliche Bürokratie aufs Korn genommen wird statt der normalerweise gezeisselten (aber vom System selbst bedingten) planwirtschaftlichen Bürokratie, wirkt das Motiv weniger spezifisch kommunistisch. Immerhin illustriert das Beispiel die Tatsache, dass die Bürokratie in der Sowjetunion nicht nur das politische und wirtschaftliche, sondern das gesamte Leben beherrscht. Die Planungszwangerei mit ihrer rücksichtslosen Konsequenz für die Bevölkerung bleibt freilich Hauptproblem.

In den polnischen Städten Zielona Gora und Zgorzeleg ist es zu Zwischenfällen gekommen, bei denen polnische Soldaten offen in den Ruf ausbrachen: «Ulbricht, dieses Schwein!» Etliche Beobachter sind der Ansicht, dass die anti-deutschen Gefühle der Polen sich seit dem vergangenen Herbst vermehrt auch gegen das SBZ-Regime richten. Die infolge der Berliner Krise verschobene Entlassung von Armeangehörigen wird das ihrige zur Stimmungsentwicklung beigetragen haben. An der Grenze gegen die DDR sind hie und da Verwünschungen der polnischen Grenzwachter gegen die sowjetzonalen Volkspolizisten zu hören, die anscheinend den Befehl haben, auf solche Vorkommnisse nicht zu reagieren.

Und das «Bauern-Echo» muss die mangelnde Begeisterung der Bevölkerung für die Arbeit zum Stacheldrahtprofit zugeben: «...Andere, die im gleichen Sinne 'arbeiten' (d.h. nur für die Nebengewinnwirtschaft), haben den sogenannten sieben Weltwundern ein neues hinzugefügt, eine Kartoffelsorte, die auf individuellem Land 120 dt/ha, aber auf dem genossenschaftlichen Acker nicht einmal 100 dt/ha einbringt.»

Aus einem bulgarischen Artikel («Nowo Wreme», Sofia) über «Die hohen Werte des Kommunismus»: «Arbeit und Kommunismus sind untrennbar. Der Mensch wird nur durch seine Arbeit an Wert gewinnen... Die Freiheit ist eine menschliche Erscheinung. Der Sozialismus befreit den Menschen von der 'Unterdrückung' durch die Arbeit. Das Reich der Freiheit, welches der Kommunismus schafft, bedeutet die Verwaltung der Materie und die Umwandlung der Wissenschaft in unmittelbare Produktionskraft. (Wonach ganz klar ist, weshalb der Kommunismus kein Streikrecht kennt: Dieses wäre ja ein direkter Rückfall in die schwärzeste Unfreiheit.)

Die sowjetzonale Bauernzeitung «Das sozialistische Dorf» erklärt Unterschiede: «Es gibt nun einzelne Genossenschaftsbauern, die vertreten die Auffassung: Vergütung nach Leistung, das ist Akkord! Komischerweise sind das zum Teil die, die noch nie nach Akkord gearbeitet haben. Akkord ist bekanntlich die typische Entlohnungsform in kapitalistischen Betrieben, die dem Arbeiter ein bestimmtes Mass an Produkten oder Arbeitszeit vorgibt, die ihn zwingen, mehr Produkte in einer bestimmten Zeit herzustellen. Dieses Mehrprodukt aber wird allein von Kapitalisten eingesteckt. Im Ergebnis des Akkords wird der Arbeiter ärmer und der Kapitalist reicher. Das Wesen der Leistungsvergütung dagegen besteht darin, dass zunächst ein einheitliches Mass der Arbeit für jene Genossenschaftsbauern festgelegt wird, welches er mit durchschnittlichem Geschick und durchschnittlichem Arbeitseifer erfüllen kann. Jeder aber der mehr leistet, trägt zum Reichtum der Genossenschaft bei.»

Im gleichen Atemzug wäre noch der Unterschied von der Ueberzeit im kapitalistischen Westen zur «freiwilligen Aufbauarbeit» im «sozialistischen» Osten zu erklären: Jene wird bezahlt, diese nicht.

Unser Memo

Die Berliner Kinder-Aktion, die im letzten Herbst auf eindruckliche Weise die menschliche So-

lidarität der Schweizer Familien mit der bedrohten Stadt an der Zonengrenze bezeugte, geht weiter. Der Landesverband Freier Schweizer Arbeiter und das Schweizerische Ost-Institut suchen in Verbindung mit dem Berliner Senator für Jugend und Sport wiederum Ferienplätze für kleine Berliner Gäste. Diesmal handelt es sich um vorschulpflichtige Kinder im Alter von sechs und sieben Jahren, denen zwischen dem 3. März und dem 14. April ein sechswöchiger Aufenthalt in unserem Land geboten werden soll.

Unser erster Aufruf im August des letzten Jahres hatte eine spontane Hilfsbereitschaft von ungeahntem Ausmass angeregt. Die Initianten hatten optimistisch mit 200 verfügbaren Ferienplätzen gerechnet, aber schliesslich konnten 500 junge Berliner und Zonenflüchtlinge aus westdeutschen Lagern einige glückliche Wochen in der Schweiz verbringen. Es waren so viele, als von den deutschen Stellen aus die Reise antreten konnten; Plätze hätten sich noch mehr gefunden. Jetzt allerdings haben unsere Berliner Freunde die Schweizer Familien kennengelernt und sind ihrerseits zu einer Grossaktion gerüstet.

Der spontane Helferwille wurde im letzten Herbst zweifellos durch die Ereignisse in Berlin verstärkt. Menschlichkeit war die Reaktion auf die Unmenschlichkeit eines Regimes, die sich in geraffter Zeit dramatisch offenbarte. Müssen wir darauf hinweisen, dass die menschliche Tragik in Berlin heute nicht weniger aktuell ist als damals? Dass sich die menschliche Solidarität im zermürbenden neuen Status quo mindestens so schön bewähren kann wie zur Zeit der gewaltsamen Abriegelung? Dass die 400 stillen Selbstmorde der Weihnachtstage im Ostsektor ebenso tragisch sind wie der Tod der Flüchtenden, die brutal auf den Grenzstreifen niedergeschossen wurden?

Ist unsere Aktion am ernstesten Hintergrund gemessen gleich dringlich geblieben, so müsste sie am lebhafteren Vordergrund an Zugkraft gewonnen haben. Die Erfahrungen sind bisher, wie man sagt, positiv ausgefallen. Die 500 Kinder haben auch den Gastfamilien Freude gemacht. Viele wurden zu verlängertem Aufenthalt eingeladen. Die wenigen Krankheitsfälle waren leichter Natur, Schwierigkeiten anderer Art blieben weit unter dem «Voranschlag». Schliesslich haben auch die Organisatoren dazugelernt, ohne an Bereitschaft zu verlieren.

Anmeldungen von Pateneltern (für genaue Adressen in Blockschrift sind die Organisatoren besonders dankbar) bis zum 31. Januar an folgende Adresse:

Berliner Kinder-Aktion,
LFSA-SOI,
Neuengasse 39, Bern.

Die Kinder werden wiederum von Basel her nach einigen Verteilungszentren begleitet, von wo aus die Pateneltern die weiteren Reisekosten übernehmen.